

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

171. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 20. April 2005

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 15/5312)

Mündliche Frage 23

Petra Pau (fraktionslos)

Beseitigung von Munitionsaltlasten durch Privatpersonen

Antwort

Karl Diller, Parl. Staatssekretär BMF
16012 B

Zusatzfrage

Petra Pau (fraktionslos)
16012 B

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Ich rufe nun die Frage 23 der Kollegin Pau auf:

Trifft es zu, dass der Bund sich immer mehr aus der Beseitigung von Munitionsaltlasten herauszieht und gegebenenfalls Privatpersonen die Entsorgung ihrer Grundstücke von Kampfmitteln überlässt, wie die Sendung „Monitor“ vom 3. Februar 2005 berichtet, und, wenn ja, womit begründet die Bundesregierung diese Praxis?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Kollegin Pau, der Bund wird seinen gesetzlichen Verpflichtungen hinsichtlich Munitionsaltlasten auch künftig entsprechen.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Zusatzfragen?

Petra Pau (fraktionslos):

Danke. – Herr Staatssekretär, hat die Bundesregierung das Verhalten des Bundesvermögensamtes im von „Monitor“ geschilderten Fall geprüft und bewertet und teilen Sie meine Ansicht, dass hier ein Fall entsprechend der Vereinbarung von 1956 zwischen dem Bundesminister der Finanzen und den Ländern vorliegt, sodass die entstandenen Kosten durch den Bund übernommen werden müssten?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Frau Kollegin, ich selbst kenne den Fall nicht, weil ich die Sendung nicht verfolgt habe. Meinen Unterlagen ist zu entnehmen, dass der Darstellung des Eigentümers durch die OFD widersprochen wird.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Weitere Zusatzfrage?

Petra Pau (fraktionslos):

Nun handelt es sich nicht nur um Darstellungen des Eigentümers. Vielmehr haben der Bürgermeister der Kommune und Landesbehörden deutlich darauf aufmerksam gemacht, dass das Vermögensamt auf den Umstand, dass hier Weltkriegsmunition lagert, hingewiesen wurde und eine Verantwortung des Bundes besteht. Haben Sie Kenntnis von weiteren Streitfällen dieser Art in der Bundesrepublik?

Karl Diller, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister der Finanzen:

Ich persönlich nicht. Ich bin gerne bereit, wenn Sie es wünschen, der Frage nachzugehen und Sie darüber schriftlich zu unterrichten.

Vizepräsident Dr. Norbert Lammert:

Vielen Dank, Herr Staatssekretär.